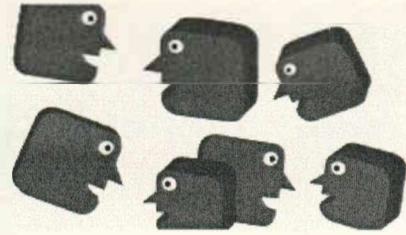




manifesto2009.pes.org
Yourspace



Dialog zum SPE-Wahlprogramm für die Europawahlen 2009: Diskussionspapier

Rettet unseren Planeten

1. Die Herausforderung

Heute steht Europa vor der Herausforderung, **nachhaltige Entwicklung** zu schaffen: Eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird, ohne die Chancen und Lebensgrundlagen kommender Generationen, in Frage zu stellen.

Immer mehr Menschen betrachten den Kampf gegen den **Klimawandel** als dringlichstes Problem unserer Zeit. Die Annahme, dass der Mensch zur Erderwärmung beiträgt, stößt nunmehr auf breite Akzeptanz. Der von der britischen Labour-Regierung in Auftrag gegebene Stern-Bericht und die Berichte des Weltklimarats IPCC zeigen, dass wir vor einer einfachen Entscheidung stehen: Entweder verringern wir den Ausstoß von Treibhausgasen (THG) rasch, oder die Auswirkungen der Erderwärmung werden unumkehrbar. Der Stern-Bericht macht deutlich:

*„Wenn wir nicht tätig werden, werden die Gesamtkosten und -risiken des Klimawandels jährlich einem Verlust von mindestens 5 % des weltweiten BIP entsprechen. Berücksichtigt man weitere Risiken und Auswirkungen, steigt der geschätzte Schaden möglicherweise auf 20 % des BIP oder mehr an. Im Gegensatz dazu lassen sich die Kosten der Maßnahmen – Senkung der Treibhausgasemissionen, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu vermeiden – jährlich auf etwa 1 % des weltweiten BIP beschränken. Die Investitionen der nächsten 10-20 Jahre werden sich tief greifend auf das Klima in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts und im nächsten auswirken. Unser Handeln von heute und in den nächsten Jahrzehnten könnte Risiken einer **massiven Störung von Wirtschaft und Gesellschaft** bergen, in der Größenordnung jener der Weltkriege und der Wirtschaftsdepression in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.“¹*

Die globale Abhängigkeit von **fossilen Brennstoffen** bedroht nicht nur das Klima: Zunehmend schwankende Energiemärkte und hohe Preise führen zu wirtschaftlicher Instabilität. Langfristig ist der wachsende Hunger auf begrenzte Kohle-, Öl- und Gasreserven nicht nachhaltig und birgt internationales Konfliktpotenzial.

Die Weltwirtschaft rennt geradewegs in die schwerste Wirtschaftskrise der jüngeren Geschichte, wenn wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nicht beenden. Heute **kostet es viel mehr, nichts zu unternehmen**, als effektiven Klimaschutz zu betreiben. Langfristig sollte es keinen Konflikt zwischen erschwinglichen Energiepreisen und progressiver Klimapolitik geben.

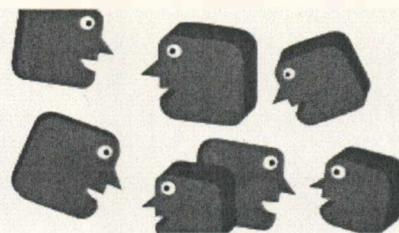
Die Auswirkungen des Klimawandels werden nicht nur ökonomischer Natur sein, sondern auch in **Menschenleben** gemessen werden. Stetig steigende Energiepreise für fossile Brennstoffe werden die Armen immer härter treffen und viele Europäer in **Energiearmut** stürzen. Auf globaler

¹ „Stern Review on the economics of climate change“, HM Treasury, 30. Oktober 2005





manifesto2009.pes.org
Yourspace



Ebene könnten **Dürre**, Hungersnot, und Energiearmut besonders in Afrika, Südostasien und dem Mittleren Osten große Zuwandererströme Richtung Europa auslösen.

Wir müssen jetzt handeln, um **Energiegewinnung und -verbrauch** so zu **reformieren**, dass Kohlendioxid und andere Treibhausgasemissionen verringert werden. Wenn diese bis 2020 nicht bedeutend gesenkt werden, wird es drastische Konsequenzen für unsere Lebensweise geben.

Neue, nachhaltige Energiequellen sind von zentraler Bedeutung. Wenn wir die ehrgeizigen Ziele, die notwendig sind, um **nachhaltige Entwicklung** zu erreichen und die Folgen der Erderwärmung in Grenzen zu halten, umsetzen wollen, benötigen wir einen Kurswechsel in Bereichen wie Verkehr, Wohnungswesen, Logistik, Konsumverhalten und Industrie, um nur einige zu nennen. Neue Kooperationsformen für internationale Abkommen müssen entworfen und neue Entwicklungsstrategien für unterentwickelte Länder ausgelotet werden. Kleinere Verbesserungen sind nicht länger ausreichend.

2. Was hat Europa damit zu tun?

Im Jahr 1997 wurde **nachhaltige Entwicklung** als übergeordnetes Ziel der EU-Politik in den Amsterdamer Vertrag aufgenommen und so zu einem grundlegenden Ziel der EU erklärt. Im Kampf gegen den Klimawandel sind die europäischen Staats- und Regierungschefs im Rahmen des **Kyoto-Protokolls** international die Verpflichtung eingegangen, die Erderwärmung geringer als 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten.

Die EU hat 2001 eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung erstellt, deren Ziele die EU in die Lage versetzen sollen, eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität für jetzige und künftige Generationen durch die Schaffung nachhaltiger Gemeinschaften zu erreichen. Diese müssen Ressourcen effizient verwalten und nutzen können und das ökologische und soziale Innovationspotenzial der Wirtschaft erschließen können. Die Konzeption der Ziele, Vorgaben und konkreten Maßnahmen der Strategie ist bis 2010 auf sieben Hauptherausforderungen angelegt: Klimawandel und saubere Energie; nachhaltige Verkehrspolitik; Nachhaltigkeit in Konsumverhalten und Produktion; Gesundheitsrisiken; besseres Management natürlicher Rohstoffe; soziale Eingliederung, Demografie und Migration; weltweite Armutsbekämpfung. Es bleibt abzuwarten, ob die geplanten Ziele und Maßnahmen, angesichts der zunehmenden Dringlichkeit des Klimawandels, für den Zeitraum nach 2010, wenn die Strategie in ihrer jetzigen Form überarbeitet werden soll, ausreichend sind.

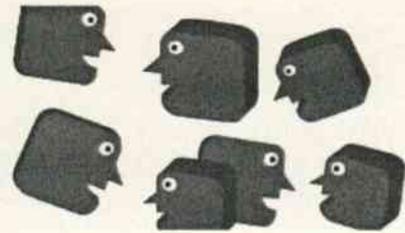
Im März 2007 verabschiedete der Europäische Rat eine Gesamtstrategie zum Kampf gegen den Klimawandel und zur **Sicherung der europäischen Energieversorgung**. Diese Strategie umfasst verbindliche Ziele für die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen (THG), die Nutzung **erneuerbarer Energiequellen** und die Umsetzung des europäischen Energieeffizienz-Aktionsplans.

Die EU hat sich verpflichtet, die THG-Emissionen bis 2020 um 20 % zu senken. Auf internationaler Ebene hat der Europäische Rat sich für ein Reduktionsziel von 30 % bis 2020 in den Industrienationen eingesetzt, jedoch unter der Voraussetzung, dass die Hauptproduzenten von Treibhausgasen, wie die USA und China, solch ein verbindliches Ziel mittragen.





manifesto2009.pes.org
Yourspace



Um diese Ziele zu erreichen, benötigt die EU Einsparungen beim Energieverbrauch in Höhe von 20 %, durch effizientere Energienutzung. Deshalb hat die EU bis 2020 verbindliche Ziele festgesetzt: 20 % der EU-Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen; 10 %iger Anteil von Biokraftstoffen in der Treibstoffverwendung im Verkehr; Einsparung von 20 % des gesamten primären Energieverbrauchs. Neue Initiativen beinhalten Vorschläge für ein internationales Abkommen über Normen der **Energieeffizienz** in Ländern, die elektrische Geräte produzieren.

Die Europäische Union entwickelt zurzeit eine **gemeinsame Energieaußenpolitik** mit den größten Versorger-, Verbraucher- und Transitländern, einschließlich Russland. Sie richtet nun auch einen **Europäischen Strategischen Energietechnologieplan** ein, der in der Forschung und Entwicklung den Schwerpunkt auf kohlendioxidarme Technologien legt.

Das System des **Emissionsrechtehandels** (ETS) ist das Hauptinstrument zum Erreichen dieser Ziele und soll nun überholt werden. Es ermöglicht Unternehmen, die individuelle CO₂-Emissionsziele überschreiten, „umweltfreundlicheren“ Unternehmen Emissionsrechte abzukaufen und so zum Verwirklichen der Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls für die EU beizutragen. Allerdings haben einige Mitgliedstaaten seit der Schaffung des Systems zu viele Verschmutzungsrechte ausgestellt, noch dazu in 90 % der Fälle kostenlos, wodurch die Preise dieser Rechte zwangsläufig sanken, und einige Unternehmen die Möglichkeit erhielten, Geld mit dem System zu verdienen, indem sie Emissionsrechte verkauften, ohne ihre Emissionen senken zu müssen. Hinzu kommt, dass gewisse Sektoren, wie die Luftfahrt, derzeit vom ETS ausgenommen sind. Nach Einschätzung vieler Beobachter wurde die Glaubwürdigkeit des ETS-Systems so untergraben. Dennoch muss das ETS für die Handelsperiode nach 2013 überarbeitet, seine Mängel korrigiert werden. Die globale Ausweitung des Emissionsrechtehandelssystems wird ebenfalls in Betracht gezogen, um in einem globalen Klimaschutzrahmen deutliche Emissionssenkungen zu möglichst niedrigen Kosten zu erreichen. Es bleibt offen, an welcher Art von ETS die EU in Zukunft festhält und ob sie beschließt, andere Weltmächte vom Beitritt zu einem globalen ETS zu überzeugen.

Ogleich die EU sich in ihrer gemeinsamen Verpflichtung zur Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft mit wenig Kohlendioxidemissionen einig ist, werden diese ehrgeizigen Ziele nur schwer zu erreichen sein, wenn auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten nicht die richtige Politik dafür konzipiert wird.

3. Unsere Ideen

In ihrer auf dem Parteitag im Dezember 2006 verabschiedeten Entschließung mit dem Titel „Sichere Energieversorgung und intelligentes, grünes Wachstum: Eine neue sozialdemokratische Energiepolitik“ hat die SPE Ideen zu Klimawandel und Energiepolitik entwickelt. Derzeit lauten unsere Hauptideen folgendermaßen:

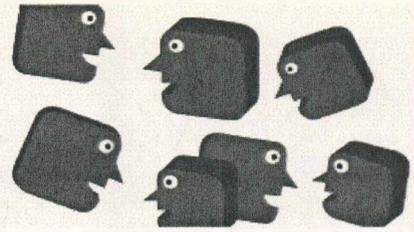
A. Nachhaltige, unabhängige und sichere Energie für Europa

- Europas Energiestrategie muss Klimawandel und Energiepolitik mit einem Gesamtansatz angehen;
- Die neue Strategie sollte auf dem Nachhaltigkeitsprinzip aufbauen;
- Erneuerbare Energie und Energieeffizienz sind Schlüsselaspekte;





manifesto2009.pes.org
Yourspace



- Die Einführung erneuerbarer Energien und effizientere Energienutzung bieten Europa enorme wirtschaftliche Möglichkeiten;
- Nachhaltigkeit bedeutet mehr als nur eine Veränderung des Energieverbrauchs: Sie hängt auch von Produktion, Konsumverhalten, Verkehr, Wohnungswesen, Stadtplanung, und vielem mehr ab.

B. Intelligentes, grünes Wachstum

- Intelligentes Wachstum bedeutet die Kombination von nachhaltigem Wirtschaftswachstum mit dem Kampf gegen den Klimawandel;
- Die richtigen Wirtschafts- und Steueranreize werden den notwendigen Übergang zu einer Wirtschaft mit wenig Kohlendioxidemissionen erleichtern;
- Europa muss sich in der Forschung auf die für eine grüne industrielle Revolution maßgeblichen Technologiefelder konzentrieren;
- Europa braucht die richtige Mischung aus privaten und öffentlichen Investitionen, dem Verhalten der Bürger und politischer Führung für den Übergang zu einer Wirtschaft mit wenig Kohlendioxidemissionen.

C. Maßnahmen auf allen Ebenen

- Verbraucherverhalten und Verbraucherinteressen sind eine enorme, weitgehend unerschlossene Ressource im Kampf gegen den Klimawandel.
- Die Auswahl der Energiequellen des einzelnen Bürgers kann durch die „Energiekultur“ der Gemeinden und Länder, in denen sie leben, beeinflusst werden. Politik – gerade auch auf regionaler und lokaler Ebene – ist wichtig für die Bewusstseinsbildung und Erleichterung von Energieeffizienz und Energiespeicherung;
- Parteien müssen die Umweltverantwortung der Unternehmen für den Kampf gegen den Klimawandel hervorheben.

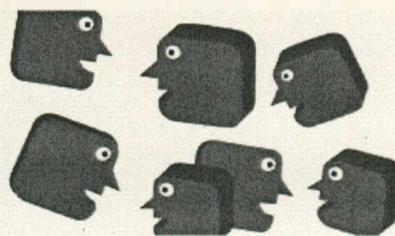
D. Eine globale Antwort auf eine globale Herausforderung

- Energie muss ein Hauptaspekt der europäischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik werden;
- Energieversorgungssicherheit muss integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sein, auf gleichem Niveau wie Entwicklungs- und Handelspolitik. Im Dialog mit wichtigen Energielieferanten muss die EU ihr kollektives Gewicht für solide langfristige Partnerschaften und Energiekooperationsabkommen einsetzen.
- Europas Sozialisten und Sozialdemokraten fordern eine globale Antwort auf diese globale Herausforderung. Wir setzen uns für eine Beteiligung der USA und der größten Entwicklungsländer an der UN-Klimarahmenkonvention ein.
- Die Zusammenarbeit mit energieimportabhängigen Entwicklungsländern muss Investitionen in eine ökologisch nachhaltige Inlandsenergieerzeugung unterstützen. Es gilt, ihren Zugang zu Energieimporten zu sichern, während abnutzender Wettbewerb zwischen ihnen und Industrienationen verhindert werden muss.





manifesto2009.pes.org
Yourspace 



4. Fragen

1. Welche Prioritäten und was für eine Politik sollte die EU für nachhaltige Entwicklung und Kampf gegen die Erderwärmung im Zeitraum 2009-2014 verfolgen?
2. Wie kann Europa Entwicklungsländern bei der Senkung von CO₂-Emissionen helfen?
3. Wie kann Europa seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern?
4. Was können die Bürger und Bürgerinnen unternehmen, um gegen die Erderwärmung zu kämpfen? Und wie sollte die EU ihre Bürger zum Handeln ermutigen?
5. Wie können wir nachhaltiges Wirtschaftswachstum und den Kampf gegen den Klimawandel kombinieren?
6. Welche Wirtschafts- und Steueranreize werden den Übergang zu einer Wirtschaft mit wenig Kohlendioxidemissionen erleichtern?
7. Welche Technologiefelder sind für eine grüne industrielle Revolution von zentraler Bedeutung?
8. Wie können wir für eine effektive Klimapolitik und nachhaltige Entwicklung die richtige Mischung aus privaten und staatlichen Investitionen, dem Verhalten der Bürger und politischer Führung finden?
9. Welche energiepolitischen Prioritäten sollte Europa in seiner Außenpolitik verfolgen?
10. Wie kann die EU eine Vorreiterrolle auf dem Weg zu Kyoto-Rahmenbedingungen nach 2012 einnehmen?

Hintergrunddokumente

Beschluss vom SPE-Parteikongress im Dezember 2006 über „Sichere Energieversorgung und intelligentes, grünes Wachstum: Eine neue sozialdemokratische Energiepolitik“
http://www.pes.org/downloads/Energy_Congress_EN.pdf

Erklärung des SPE-Parteipräsidiums vom Februar 2007 über „Eine neue EU-Energiestrategie“
http://www.pes.org/downloads/Presidency_Energy28-02.pdf

Berichte der Weltklimarats (IPCC)
<http://www.ipcc.ch/>

Stern-Bericht über die Wirtschaftsaspekte des Klimawandels, HM Treasury, 30. Oktober 2005
http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/stern_review_report.cfm

Nachhaltige Entwicklungsstrategie der EU
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/90111.pdf

Entscheidung des Europäischen Rates vom März 2007 über eine „Integrierte Klima- und Energiepolitik“
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/93135.pdf

